



Für ein Ende geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Mädchen

Problemstellung

Geschlechtsspezifische Gewalt und Gewalt gegen Mädchen ist eine massive Kinder- und Menschenrechtsverletzung. Weltweit wurden mehr als 650 Millionen der lebenden Frauen im Kindesalter verheiratet. Jedes Jahr werden mehr als 12 Millionen Mädchen verheiratet, bevor sie das 18. Lebensjahr vollenden. Erwiesenermaßen ist die Wahrscheinlichkeit bei diesen Mädchen geringer, in einer Bildungseinrichtung zu verbleiben, und die Wahrscheinlichkeit höher, häusliche Gewalt zu erleben. Die Anzahl frühverheirateter Mädchen erhöht sich zudem, wenn Familien wirtschaftlichen Krisen ausgesetzt sind. Schätzungsweise besteht für 10 Millionen weitere Mädchen das Risiko, als Folge der wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie verheiratet zu werden. Obwohl es keine Schätzungen dazu gibt, kann zudem angenommen werden, dass die globalen wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine die Situation von Mädchen weltweit verschlimmern werden. Insbesondere ist anzunehmen, dass sexualisierte Gewalt, Ernährungsunsicherheit und Verheiratung von unter 18-Jährigen steigen werden.

Nahezu eines von vier Mädchen, das im Alter zwischen 15 und 19 Jahren verheiratet ist (24 Prozent), ist Opfer von körperlicher und/oder sexueller Gewalt durch ihren Partner oder Ehemann.

Schätzungsweise werden 120 Millionen Mädchen unter 20 – etwa eine von zehn – zum Sex oder anderen sexuellen Handlungen gezwungen.

Etwa 200 Millionen Mädchen und Frauen im Alter zwischen 15 und 49 leben in Staaten, wo die Praxis der Genitalverstümmelung weit verbreitet ist. In manchen dieser Länder hat diese Praxis derart tiefe Wurzeln, dass davon ausgegangen werden kann, dass mit wenigen Ausnahmen alle Mädchen verstümmelt werden, was für ihre körperliche und mentale Gesundheit, sowie ihr zukünftiges Leben weitreichende Konsequenzen hat.

Ein Viertel aller Kinder unter fünf Jahren – etwa 176 Millionen Kinder – wachsen mit einer Mutter auf, die Gewalt durch ihren Partner erlebt oder erlebt hat. Kinder, die von Partnergewalt mitbekommen, sind nicht nur einem höheren Risiko ausgesetzt, selbst Gewalt zu erfahren, sondern leiden auch unter negativen Konsequenzen für ihre Gesundheit, ihre Entwicklung und ihr Wohlbefinden.

Opfer und Überlebende von Gewalt bekommen nicht die Unterstützung, die sie benötigen. Es sind weniger als 40 Prozent der betroffenen Mädchen, die Unterstützung erhalten. Zudem führen schwache oder nicht funktionierende Rechtssysteme an vielen Orten dazu, dass Täter de facto straffrei bleiben. Die Wahrscheinlichkeit nach einer Vergewaltigung verurteilt zu werden, ist gering.

Auch online sind Mädchen, durch etwa Belästigung, Stalking, Veröffentlichung privater Informationen, Erpressung und unerlaubte Verbreitung intimer Fotos und Videos sowie Missbrauchsdarstellungen, von Gewalt betroffen. Machtstrukturen, die Frauen und Mädchen viktimisieren, werden in virtuellen Räumen reproduziert. Gewalt, die online stattfindet, wird oft nicht geahndet und bleibt straffrei. Was fehlt sind insbesondere gesetzliche Grundlagen, aber auch mangelnde Kapazitäten der verantwortlichen Stellen, Gewalt im virtuellen Raum anzugehen.

Die Gründe für Gewalt gegen Frauen sind überaus komplex. Sie stehen in Wechselwirkung mit Machtbeziehungen und Machtstrukturen zwischen Geschlechtern und den damit verbundenen sozialen Normen männlicher Dominanz und dem geringen sozialen Status von Mädchen und Frauen. Patriarchale Systeme halten Gewalt gegen Frauen und Mädchen aufrecht.

Weiterhin werden Mädchen nicht nur aufgrund ihres biologischen Geschlechts und ihrer Geschlechts-

identität diskriminiert, sondern auch aufgrund anderer Merkmale, wie Religion, (geografische und / oder ethnische) Herkunft oder (legaler) Status (im Kontext von Migration). Aber auch Armut führt zu Ungleichheit und zu geschlechtsspezifischer Diskriminierung. Als Resultat dieser Intersektionalität, bzw. der Tatsache, dass Mädchen Diskriminierung aufgrund mehrerer sich überschneidender Identitäten erfahren, existieren oftmals eine hohe Vulnerabilität und das Risiko von Gewalt gegen bestimmte Gruppen von Mädchen und Frauen ist höher.

Lösungsansätze

Regierungen haben sich in mehreren internationalen Konventionen und Resolutionen sowie Protokollen (zum Beispiel die Menschenrechts- und Kinderrechtskonvention, die Istanbul Konvention, sowie UN-Sicherheitsratsresolutionen), dazu verpflichtet, Mädchen vor Gewalt zu schützen. Die Umsetzung dieser Verpflichtungen muss zum Leitprinzip allen politischen Handelns werden.

Jedoch stellen politische Ansätze (wie beispielsweise gesetzliche Regelungen) keine alleinige Lösung dar. Ohne breite gesellschaftliche Akzeptanz von Gesetzen und ohne konsequente Umsetzung wirken politische Ansätze zur Beendigung von Gewalt nicht. Es braucht neben dem politischen Willen auch entsprechende Investitionen und einen sozialen und gesellschaftlichen Wandel, um Gewalt tatsächlich zu beenden.

Weitere wichtige Faktoren in der Prävention und im Umgang mit Gewalt sind Unterstützung der Opfer, starke Kinderschutzsysteme und funktionierende sowie zugängliche Rechtssysteme, die Ermittlungs- und Aufdeckungsquoten in Bezug auf Gewalt gegen Frauen erhöhen.

Eine starke Zivilgesellschaft, insbesondere Frauen-, Jugend- und Kinderrechtsorganisationen, sind die treibende Kraft hinter sozialem Wandel und grundlegend für gesellschaftliche Transformation. Zivilgesellschaft benötigt entsprechenden politischen Raum und Schutz ihrer Rechte, um ihre Wirkung zu entfalten.

Empfehlungen

Die hohe Anzahl von Mädchen, die von Gewalt betroffen sind, ist erschreckend und verdeutlicht, dass wir handeln müssen, um der Gewalt ein Ende zu setzen. Jedes Mädchen, das von Gewalt betroffen ist, ist eines zu viel.

Wir fordern, dass Regierungen und die internationale Gemeinschaft...

... Gewalt gegen Mädchen als fundamentale Verletzung ihrer Rechte anerkennen. Es ist notwendig den Schutz von Mädchen und Frauen vor Gewalt zu priorisieren. Dies bedarf einer stetigen Problemanalyse bezüglich der Gefährdungen und Risiken. Das bedeutet die Erhöhung des politischen Willens und der Übernahme von Verantwortung zur Beendigung geschlechtsspezifischer Gewalt.

... Frauenbewegungen als Partner anerkennen und mit Frauenrechts-, Jugend- und Kinderrechtsorganisationen sowie Organisationen von Überlebenden zusammenarbeiten, zur Prävention und Beendigung geschlechtsspezifischer Gewalt mit besonderem Fokus auf Gewalt gegen Mädchen. Mädchen und Frauen sollen in Führungsrollen gestärkt werden und bedeutungsvolle Beteiligung von Mädchen und Frauen an Entscheidungen und politischen Prozessen soll von der globalen bis zur lokalen Ebene

gestärkt werden. Dabei muss die Vielfalt der Lebenssituationen von Mädchen und Frauen Berücksichtigung finden.

... sich kritisch mit Geschlechterrollen, sozialen Normen und Praktiken, die zu Geschlechterungerechtigkeit führen und geschlechterspezifische Gewalt gegen Mädchen erhalten, auseinandersetzen. Zudem sollen gender-transformative Ansätze, die auf die Veränderung von Geschlechternormen und ungleichen Machtstrukturen, auf denen geschlechtsspezifische Gewalt fußt, zielen, implementiert werden.

... die Investitionen in Ansätze und Strategien zur Behebung geschlechtsspezifischer Gewalt mit besonderem Fokus auf die Behebung der Gewalt gegen Mädchen erhöhen, bspw. durch die Finanzierung von nationalen Aktionsplänen zur Beendigung der Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen sowie finanzielle Förderung von Frauen-, Jugend- und Kinderrechtsorganisationen.

... ganzheitliche Ansätze und Interventionen in verschiedenen Bereichen (legislativ, politisch, sozial) unterstützen. Überlebende und Opfer von Gewalt sowie ihre Organisationen benötigen umfangreiche Unterstützung und Versorgung. Es müssen Investitionen in angemessene Unterstützungsmechanismen (z.B. in Schutzinstitutionen) und das Rechtssystem getätigt werden. Stärkere Rechtssysteme sind für die Beendigung der anhaltenden Straflosigkeit von Tätern unbedingt notwendig.

... wirkungsvoll, umfassend und kontinuierlich Unterstützungs-, Gesundheits-, Sicherheits-, und Rechtssysteme implementieren und durch entsprechende gesetzliche Grundlagen verstetigen, um die Förderung und den Schutz von Mädchen und Frauen, die Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt sind, zu garantieren.

... einen intersektionalen Ansatz etablieren, durch Berücksichtigung der multi-dimensionalen und diversen Lebenssituationen, insbesondere der Bedürfnisse der am meisten marginalisierten Mädchen und Frauen. Es besteht ein Zusammenspiel zwischen Rassismus, Armut und Geschlecht, auf welches in allen Interventionen abgezielt werden muss.

... Bildungssysteme finanzieren, die den Zugang von Mädchen in benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu Bildung priorisieren. Der Mangel an Zugang zu Bildung verschärft Geschlechterungerechtigkeit und die Vulnerabilität von Mädchen. In einer Zeit, in der Klimakatastrophen immer stärker und häufiger auftreten, erhöht Analphabetismus und mangelnde Bildung Armut und Ausbeutung sowie das Risiko einer Naturkatastrophe zum Opfer zu fallen.

Orange Days Positionspapier

Für ein Ende geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Mädchen



- i OHCHR (2018): Child and forced marriage, including in humanitarian settings.
- ii UNICEF (2020): Child Marriage around the World.
- iii Secretary-General of the United Nations (2021): Progress towards the Sustainable Development Goals 2021 Report.
- iv UN News (2022): Ukraine war-induced crisis affecting women and girls disproportionately
- v UN Women (2022): Facts and figures: Ending violence against women.
- vi UNICEF (2022): Sexual Violence against Children.